



des Großherzogthums Posen.

Druck und Verlag der Hof-Buchdruckerei von W. Decker & Comp. Verantwortlicher Redakteur: E. Hensel.

Inland.

Berlin, den 5. Juni. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den bisherigen Präsidenten der General-Lotterie-Direktion, Dr. Paalzow, auf seinen Wunsch in den Ruhestand zu versetzen und die Funktionen desselben dem Geheimen Finanzrath Horn, unter Belassung in seiner bisherigen Stellung, zu übertragen. Dem Pastor Ahlborn zu Kemnitz, Landsynode Greifswald, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Steuer-Einnnehmer und Chausseegeld-Erheber Dreyer zu Neu-Larnow, im Regierungs-Bezirk Frankfurt, dem evangelischen Schullehrer Loewe zu Giesmannsdorf, Kreis Luckau, dem Kirchenvorsteher, Dorfschulzen Schulz in Reichwalde, Kreis Preuß. Holland, dem Corpsjäger Albrecht Enke zu Loppow, Kreis Landsberg, und dem Mühlenmeister Kanitz zu Klein-Deuten, im Teltowschen Kreise, und dem Müllersohn Friedrich Wilhelm Schwarz zu Korfenz, im Kreise Miliß, die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

— Der Bischof des Bisthums Ermland, Dr. Gerik, ist von hier nach Frankfurt a. M. abgereist.

Posen, den 5. Juni. Als wir neulich unsere warnende Stimme gegen die erhoben, denen jeder Muth fehlt, den Forderungen der Zeit Genüge zu leisten, als wir diejenigen anklagten, die den vollberechtigten Ansprüchen der Gegenwart die Interessen ihres Eigennutzes entgegensetzen und nicht erkennen wollen, daß es jetzt vor Allem der reinsten, aufrichtigsten Hingebung an die Sache des Vaterlands bedarf, als wir für die Neuzeit gegen jede Reaktion in die Schranken traten, deren Anzeichen sich zeigten: da wußten wir nicht, daß wir Thaten würden anzulagen haben, die Deutschland erniedrigen, weil sie aus Selbstsucht und Berechnung geschehen, und weil sie denen das beste Zeugniß reden, die aus Kenntniß dieser Gebrechen der großartigsten Erhebung unserer Zeit jede Zukunft absprechen. Wir wiesen auf den Reichsverrath hin, dessen Baiern und Hannover durch ihre Separatnoten an die National-Versammlung sich schuldig machen wollten, wir konnten aber damals noch nicht wissen, daß Hannover den Reichsverrath habe zur Ausführung kommen lassen. Heute denunciren wir unseren Lesern das Verfahren der Hannoverischen Regierung in Schleswig-Holstein. Trotz der Bitten des dort befehlenden Ober-Generals, trotz aller Aufforderungen von Seiten Preußens, als der mit der Kriegsleitung beauftragten Reichsmacht, ist Hannover seinen Bundesverpflichtungen nicht nachgekommen, hat jeden Nachzug von Truppen verweigert, und trägt so die Schuld einer Niederlage, die allen denen gar zu erwünscht kommt, welche in den bisherigen Siegen gegen die Dänen die ersten Zeichen eines in sich starken, durch Thatkraft gehobenen Nationalwillens erkannten. Die Niederlage, die die Bundestruppen durch das Treffen bei den Düppeler Höhen erlitten haben, in Folge deren bis zu diesem Augenblick noch die Räumung Jütlands und das Aufgeben des nördlichen Schleswigs in Aussicht steht, wird den äußeren und inneren Feinden Deutscher Einheit Gelegenheit zum Triumph sein, sie wird allen denen heimliche Freude bereiten, die mit scheelen Augen auf die Erfolge der Preussisch-Deutschen Waffen geblickt haben. Und es ist zu wahr, daß es nicht gesagt werden sollte: es existirt in Deutschland eine große und wohlorganisirte Partei, der die jüngsten Siege des Preussischen Heeres zum Dorn werden, weil sie zur Hebung des Preussischen Namens in Deutschland beigetragen haben, die in jener Hingabe an die Deutsche Sache, die in Preußen nicht neu, seit den Märztagen aber mit Eut und Blut überall geschehen ist, wo die Noth es erforderte, ein absichtliches Zielen auf einen Vorrang in Deutschland erkennen, einen Vorrang, der unseres Erachtens unbestritten genug ist, als daß um ihn erst gehandelt zu werden brauchte. Die Hannoverische Regierung aber ist nicht freizusprechen, aus solchen Motiven ihr Contingent zurückgehalten zu haben, auf ihr lastet der Vorwurf des Neides, der Selbstsucht und des damit begangenen Unrechts am Reiche, und wahrlich, ihr vor Allem hätte es darum gehen müssen, sich von früherem und dem neuesten Verdachte sonderbündnerischen Gelüstes zu reinigen, durch schnellste Erfüllung ihrer Bundespflicht ihren Namen vor Schande zu wahren

ren und den Deutschen zu retten. Sie hat es nicht gethan, und wir haben sie darum angeklagt. — Aber nicht in Hannover allein regt sich dieser Preußen- und damit auch deutschfeindliche Separatismus, er findet auch mächtige Vertreter in Süddeutschland, er zählt sehr gewichtige Stimmen im Frankfurter Parlament. Wer dem Tone eines Theils der Süddeutschen Presse in der Zeit vom 19. März ab gefolgt ist, von dem Tage an, als der König öffentlich in Berlin erklärte, Preußen ginge fortan in Deutschland auf; wer die Ausfälle kennt, die in der Münchner Pöbelsprache in den dortigen Hoforganen täglich zu lesen waren, mit denen die Wiener Presse das Königshaus überschüttete, wenn die Mit nicht fremd ist, in der noch heute die Mannheimer Abend-Zeitung und besonders die Mainzer Zeitung auf Preußen, seine Bewohner und deren Regierung täglich zurückkommt, der wird die Thätigkeit der Partei längst entdeckt haben, der kein Mittel zu theuer ist, wenn es Preußen zu erniedrigen und zu verdächtigen gilt. Dieser Partei konnte nichts erwünschter kommen, als die jüngsten Vorgänge in Mainz, Vorgänge, die nach aller Unbefangenen Zeugniß zumeist auf die dortige Bevölkerung und deren Leiter zurückfallen. Aber wie hat sie der Vertreter von Mainz in der National-Versammlung, Dr. Ziß, ausgebeutet. Es ist der Versammlung schwer geworden, gegen die Niedrigkeit seiner Anklage, gegen die Absichtlichkeit, mit der er und seine Anhänger zu Felde zogen, ihre Würde zu behaupten, sie hat sich mit Mühe vor Uebertreibungen zurück halten können, in die sie die Preußenfeindliche Partei hineinzubringen gedachte.

Bedarf es eines Beweises, wie tief in ganz Deutschland das Vertrauen zu Preußens Macht und Stellung wurzelt, so sind es die Menge von Feindseligkeiten, die eine ihm ungünstige Partei von Tag zu Tag ansacht, so sind es die Besorgnisse, die Deutsche Staatsgebiete in einer Zahl von Separatnoten, Protokollen u. s. w. fortwährend niederlegen, weil sie den Tag kommen sehen, wo die National-Versammlung zu Beschlüssen wegen der endlichen Einigung Deutschlands kommen wird.

Wir haben uns gegen jeden Versuch zur Störung von Deutschlands Einheit gewahrt, wir thuen es noch. Aber wir glauben an die Zukunft unseres Vaterlands: noch halten wir es für möglich, daß Deutschland trotz aller Hindernisse, die ihm von außen und innen bereitet werden, die Stellung erlangen wird, die der größten Nation gebührt. Noch vertrauen wir der Vaterlandsliebe der Mehrzahl der Abgeordneten; noch hoffen wir, daß der so unglückliche Partikularismus dem Allgemeinen sich unterordnen wird. Wir erwarten es mit Zuversicht, und selbst in dem Falle, daß der Beschluß des Parlaments auf Bildung einer Centralgewalt fällt, und diese in die Hände der Deutschen Macht übergeht, auf die sie nach unserer Meinung einzig übergehen kann.

† Posen, den 6. Juni. Aus den Ende April mit Beschlag belegten Papieren der Kriegs-Abtheilung des Polnischen National-Comité's ist uns folgendes interessante Aktenstück in Deutscher Uebersetzung zugegangen, für deren Richtigkeit wir uns verbürgen.

Posen, den 30. März 1848.

Die Kriegs-Abtheilung des National-Comité's beauftragt den Bürger Szczepanowski sich zur Centralisation des demokratischen Vereins zu Paris zu begeben, und an diese Behörde im Namen der Landes-Behörden das Verlangen zu stellen, daß sie sich an die Französische Regierung wende, um von dieser Schußwaffen für den Polnischen Aufstand zu erhalten.

Dem Bürger Szczepanowski wird ausdrücklich untersagt, sich persönlich an die Französische Regierung zu wenden. Seine Mission soll nur durch Vermittelung der Centralisation zur Ausführung gebracht werden, um die einmal feststehenden Verhältnisse nicht zu verwirren.

Nach dem Empfange der gewünschten Waffen in der größtmöglichen Anzahl hat der Bürger Szczepanowski dieselben durch Deutschland unter der Eskorte Deutscher Bürger, die der Polnischen Sache zugethan sind, hierher zu bringen.

Um diese Escorte vorzubereiten hat sich der Bürger Szczepanowski an die aus den Bürgern Chbulski, S..... und R..... zusammengesetzte Correspondenz-Commission in Berlin zu wenden, die ihm durch Vermittelung der Deutschen Studenten die Stationen für die Escorte bezeichnen wird. Bei diesen Anordnungen kann auch der Bürger Niegolewski mitwirken, von dessen Anwesenheit in Frankfurt a. M. die Berliner Commission benachrichtigt ist.

Was die gleiche Mission nach England anlangt, so hat der Bürger Szcze-panowski nach Heranziehung beliebiger Personen zu seiner Unterstützung all- diejenigen Mittel in Anwendung zu bringen, die er für die zweckdienlichsten hält. Das National-Comité wird ihm zu diesem Behuf eine angemessene Aufforderung an das Englische Volk mitgeben. Bialostokski. Brudzewski. Miel-żyński. Ludwig Miroslawski.

NB. Der Bürger Szczebanowski hat sich durch Vermittelung des Mitgliedes der Centralisation, Worel, mit dem internationalen Englischen Vereine in Verbindung zu setzen, der ihm die Lieferung von Waffen erleichtern wird. 11. 7. 29. 87. 22. 44. 50. 71. 13. 9. 36. 44. 39. 1. 38. 26.

Instruction für den Bürger Szczebanowski.

(L. S.)

Das Siegel enthält in getheiltem Wappen den Polnischen Adler und den Litthauischen Reiter mit der Umschrift: „Wydział wojenny komitetu narodowego“ (Kriegsabtheilung des National-Comité's). Aus einem zweiten Plattenstücke, welches sich ebenfalls vorgefunden, geht hervor, daß Szczebanowski seine Vollmacht unerledigt zurückgereicht hat, und statt seiner ein gewisser Mi-recti nach Frankreich gegangen ist.

** Posen, den 4. Juni. Erfreulich bleibt, wie die richtige Würdigung der hiesigen provinziellen Verhältnisse in dem bei weitem größten und verbreitetsten Theil der deutschen Presse sich immer freiere Bahn bricht und den haltlosen Abstraktionen lügenhafter Berichte mehr und mehr der Raum beengt wird. Leipzig, früher der Sitz der wüthendsten Polenfreunde, zählt in seinen Mauern zwei Vereine, die mit ebenso großer Thätigkeit wie Umsicht die Interessen der hiesigen sowohl, wie der sonst mit Slaven vermengt wohnenden Deutschen überall und besonders in der Presse vertheidigen. Es sind diese Vereine der „zur Wahrung der deutschen Sache an den Ostmarken“ und der „deutsche Verein.“ Beide verfolgen ein gleiches Ziel, und zählen an ihrer Spitze Männer, wie Wachsmuth, Wutke und Andere, die schon mit ihren Namen für die Tüchtigkeit der Leistungen bürgen. Freilich existirt in Leipzig auch ein von Arnold Ruge gestifteter „polnischer Hilfsverein“, der indeß nie zu eigentlicher Geltung kommen konnte und seit seines Gründers Weggang sogar ganz dem Verfall entgegengeht. Einer Leipziger Correspondenz in der A. Z. entnehmen wir über Ruge und seine Thätigkeit Folgendes: „Wenn ebenfalls ein Leipziger Verein, an dessen Spitze Dr. Ruge steht, den Polen gegen die Deutschen Hilfe verspricht oder gar Freischaaern zusagt, wenn die Freiheit in Deutschland noch immer ehrlöse Veruche machen will, der Kosmopolitismus, ein Krebsgeschwür deutscher Gut-nüchsigkeit, noch immer Miene macht den Patriotismus zu überslügeln; so bleibt nichts übrig, als solchen speculativen Quertreibereien die einfache gesunde That-sache entgegenzuhalten, daß im Posenschen der Aufstand bezwungen, die Stadt Posen das Fest ihrer Einverleibung mit dem deutschen Vaterlande öffentlich mit Arndt's deutschem Liede feierte. Wie schwach noch immer unter uns das deut-sche Nationalgefühl, beweist die Wahl Dr. Ruge's zum Abgeordneten für Frank-furt. Da seine Wahl in Sachsen nicht gelingen wollte, wurde sie mit Hilfe der starken Parthei der Polenfreunde in Breslau durchgesetzt. Thatsache bleibt, daß Arnold Ruge, der Stifter des polnischen Hilfsvereins in Leipzig, ein Mann, der auf ausgesuchte und seltene Weise sein Volk geschmährt, Vertreter dieses Volkes im Parlament zu Frankfurt wurde. Die patriotischen Sünden Dr. Ruge's gesehen zum Besten der abstracten Philosophie, und für solche abstracte Philosophie hat Deutschland schon oft genug sein wahrhaftes Wohl eingebüßt. Wie Freiheit ohne Recht eine Chimäre ist, so bleibt deutsche Freiheit ohne deutsches Ehrgefühl eine Schmach. Herrn Ledru-Rollin's schönes Blatt la Réforme mag mit Arnold Ruge's „Reform“ wetzeln, die Sache in Posen so darzustellen, als hätte Preußen mit der Verkündigung der Reorgani-sation die Polen aus Frankreich nach Hause in die Falle gelockt. Eine Schwäche war's die Herstellung Polens von Seite Preußens zu verkünden, eine Schwäche, weil erst nachträglich die Einsicht in die Unmöglichkeit folgte. Selbst die rein polnischen Bezirke des Großherzogthums können und dürfen an ein etwa auferstehendes freies Polen nicht eher von Preußen aus der Hand gegeben wer-den, bis man überzeugt ist, daß sie nicht sofort eine Beute der Russen werden.“ Eine andere im Verein von Gelehrten herausgegebene Leipziger Zeitschrift sagt in ihren neuesten Nummern über die hiesigen Verhältnisse Folgendes:

„Polen soll und muß wieder hergestellt, aber Deutschlands Interesse darf nicht verrathen werden. Unsere nordöstliche Grenze ist die schwächste von allen, sie wird durch keine künstlichen oder natürlichen Schutzwälle gesichert. Es thürmen sich an den slavischen Grenzmarken keine Alpen empor, kein Meer, kein mächtiger Strom scheidet die feindlichen Stämme, die Kultur, die deutscher Fleiß dort heimisch machte, hat die Schwäche der Grenze vermehrt, denn sie hat die natürlichen Hindernisse des Krieges entfernt, die Sümpfe getrocknet, die Wälder gelichtet. Unsere fernste Provinz, Ostpreußen, streckt sich schmal am Meeresufer hin, in der Stirn und im Rücken von den slavischen Gebieten be-droht; Posen schiebt sich wie ein Keil zwischen Ostpreußen, Pommern und Schle-sien. Geben wir Alles dahin, was ehemals zu Polen gehörte, stellen wir, wie ein unbefonnener Redner des Vorparlaments verlangte, das alte Reich von 1772 wieder her, so begehen wir einen Akt der Feindseligkeit gegen unseren Nordosten. Es sind nicht bloß strategische Rücksichten, die uns dies verbieten, nationalökonomische Rücksichten treten hinzu. Der Bromberger Kanal führt durch polnisches Gebiet, nur auf diesem läßt sich die Eisenbahnverbindung mit Ostpreußen herstellen. Dieselben Landstriche, die zu behalten unser Interesse fordert, sind mit einer dichten Bevölkerung besetzt, die dem Vaterlande nicht untreu werden will, die wir nicht an das fremde Volk verrathen dürfen. Das ist so klar, wie der Tag, unsere Ehre, unsere Selbsterhaltung erheischen das, und doch giebt es in unserer Presse Organe, welche die maßlosesten Ansprüche der Polen unterstützen, doch haben sich in verschiedenen Staaten und Städten Polenkomite's gebildet, die einem selbst-mörderischen Kosmopolitismus huldigen.“ Und ferner: „Die Sympathie war für die Polen und ihr unglückliches Vaterland. So war es noch vor wenigen Wochen, jetzt ist es anders. Liegt die Schuld an den Deutschen, etwa daran, daß in das Volk die Ländergelüste und Eroberungspläne gefahren wären, welche die Dynastien zum Fluge und Verderben des Volkes früher hegten? Nein, gewiß nicht. Die Schuld ist den Polen, welche die dargebotene Hand Deutschlands zurückstießen und vorzeitig den Haß verriethen, den sie unter der Maske der Brüderlichkeit gegen uns hegen. Durch Deutschland, nicht durch Frankreich, aus den Kerker befreit, durch Deutschland, nicht durch Frankreich, aus der Verbannung zurück-gerufen, haben sie uns beleidigt und mißhandelt, die ersten Thaten ihrer Frei-heit sind feindselige Akte gegen uns gewesen. Sie drohen uns mit einem Krie-

mit Frankreich, dessen Heere sie auf unseren Boden rufen, sie drohen uns mit einem Kriege mit Rußland, dem sie sich unterwerfen wollen, wenn wir nicht ihre übertriebenen Forderungen genehmigen. Die polnischen Wortführer ha-ben kein Hehl, worin diese Forderungen bestehen. In Paris ist ein Aufruf ei-nes ihrer Komite's erschienen, der seine Lockungen und Verheißungen nicht bloß an die Nationalpolen richtet, sondern auch an die Westpreußen, an die Ostpreu-ßen, „die gern unter das väterliche Regiment des Staates zurückkehren wür-den, dem anzugehören so lange ihr Glück gewesen wäre,“ der Pommern, Schle-sien und einen Theil der Mark Brandenburg in Anspruch nimmt. Ganz auf dasselbe läuft hinaus, was ein Pole aus Gens als das Ziel der Bewegung be-zeichnet: Herstellung Polens von der Ostsee bis zum schwarzen Meere, von der Oder bis zur Duna. Die Rechtsgründe für dieses Begehren machen den Polen keine Sorge. Was Polen gewesen ist, gehört zu Polen, und wenn auch kein einziger Pole darin zu finden wäre, so lautet ihre bündige Beweisführung. Wollten wir so auftreten, was könnten wir dann nicht for-dern! Holland, Belgien, einen großen Theil des nördlichen Frankreichs bis über den Ardennenwald hinaus, die Baskischen Provinzen und Katalonien bis an den Ebro (die Spanische Mark), Lothringen, Elsaß, die ganze Schweiz, Hochburgund, die Provence, die Lombardei und Venedig, einen großen Theil des Kirchenstaats (wir rechnen bloß die mathildinische Erbschaft), Neapel, Si-zilien, Algier und Tunis, Ungarn bis an die Theiß, Zütland, das halbe Po-len, Kurland, Livland u. s. w. Alle diese Länder gehorchten kürzere oder län-gere Zeit Deutschen Kaisern, Deutschen Gesezen, wir haben um viele derselben die bedeutendsten Opfer gebracht, sie sind uns aber abgetritten, auch abgeliefert, und die Wunden sind verharrt. Wir sind so gerecht, uns selbst beizumessen, was unsere Zwietracht, unsere Sorglosigkeit an Verlusten gebracht hat, wir beneiden die fremden Nationalitäten nicht um den ehemals Deutschen Boden, was wir für uns verlangen, soll nur Land sein, das Deutsch ist und Deutsch geblieben ist. Der friedliche Wettstreit der Nationalitäten, das natürliche Vor-dringen der höher entwickelten Volkskraft sind vollberechtigte Erscheinungen, deren Errungenschaft nicht durch rohe Gewalt in Frage gestellt werden darf. Nicht die Geschichte allein entscheidet, wem ein Land gehört, die Gegenwart hat höhere Rechte.“

Berlin, den 4. Juni. Auf einen motivirten Bericht des Staatsminister Hanseman vom 12. Mai d. J. an des Königs Majestät wird das Schutz-geld, welches noch von vielen Domainen-Ämtern als gutherrliches Gefälle erho-ben wird, und welches schon lange Gegenstand von Beschwerden ist, durch eine Kabinetts-Ordre vom 31. v. M. aufgehoben. Diese lautet:

Auf Ihren Bericht vom 12. Mai e. will ich Sie hierdurch ermächtigen, in sämtlichen Domainen-Ortschaften der Monarchie das sogenannte Schutzgeld, in-soweit dasselbe bisher noch von Miethern, Einliegern und anderen Schutzverwandten auf Grund des Publikandums vom 8. April 1809, welches durch die Ordre vom 24. Oktober 1810 auf den ganzen damaligen Umfang des Staats ausgedehnt ist und beziehungsweise nach der Verordnung vom 18. Januar 1819 zur Staats-kasse erhoben wurde, für die Zukunft zu erlassen und alle Reste dieser Abgabe nie-derzuschlagen. Sanssouci, den 31. Mai 1848.

(gez.) Friedrich Wilhelm. (contrafign.) Hanseman.

An den Staats- und Finanz-Minister Hanseman.

In dem Berichte des Staatsminister Hanseman wird außerdem darauf hingewiesen, daß das Schutzgeld an Privat-Dominien mit Aufhebung der Patri-monialgerichtsbarkeit, die des Königs Majestät bereits in Aussicht gestellt, von selbst hinwegfallen werde.

— Berlin, den 4. Juni. So heilsam für Leben und Wissenschaft eine selbst streng und unnaßichtig geübte Kritik immerhin ist, so verderblich muß sie werden, wenn sie ihres einzig so vernünftigen Zieles, der Wahrheit, vergessend, sich zur Dienerin eigensüchtiger Bestrebungen erniedrigt. In ihrer Einseitigkeit wird sie dann nicht allein zu einer tyrannischen Negation des Gegebenen fortschreiten, sondern auch ihrer Parteilucht zu Liebe in der Lüge, die zu bekämpfen sie bestimmt ist, eine willkommene Bundesgenossin begrüßen. Diese Stufe politischer Hyper-kritik haben wir hier leider längst erreicht. Unglaublich, mit welchem Schwall von Erdichtungen man es täglich unternimmt, die Regierung zu verdächtigen, un-glaublicher aber, mit welcher wahrhaft kindischen Leichtgläubigkeit unsere doch sonst durch ihre Mächtigkeit berühmten oder verschrieenen Berliner den handgreiflichsten und närrischsten Unwahrheiten entgegenkommen. Man schickt Deputationen nach dem Königl. Schloß, um über eine auf dem Dach befindliche Eisenspiße, in der man mit großer Entrüstung eine Signalstange für etwaige Truppen erblickt, ernst-lich Auskunft zu verlangen; man steigt mit schwarzen Ahnungen aufs Dach und findet — einen Bligableiter. Plötzlich heißt es, die Brücken innerhalb der Stadt seien vernagelt worden, damit sie für die Truppen frei bleiben und von den Ein-wohnern nicht aufgezo-gen und als Barrikaden benutzt werden könnten. Darüber nun große Aufregung in der Stadt; man eilt aus den Klubs mit Fackeln nach den Brücken, unter sucht und staunt über die vernagelten — Köpfe, denn die Brücken sind und bleiben unvernagelt. Würden durch solche Schöppensfäbereien, deren ich noch eine ganze Menge mittheilen könnte, nicht wirklich fortwährend neue Un-ruhen und Bewegungen in unserer Stadt erzeugt, die Sachlustigen müßten den Erfindern all der Mährchen aufmunternden Beifall klatschen und die Wohlgefinnten sich freuen, daß man, um die Regierung anzugreifen, bereits zu solchen Mitteln seine Zuflucht nehmen muß.

— Zur Volksbewaffnung werden nun auch nach einer gestrigen Bestimmung die Maschinenarbeiter herbeigezogen werden, deren es 4000 in Berlin giebt. Sie werden jedoch kein besonderes Corps bilden, sondern der Bürgergarde einver-leibt werden. Ueberdies, sagt man, würden demnächst die Bürger ein eigenes Zeughaus erhalten. — Man spricht auch davon, daß der radikalste Theil der linken Seite in unserer Nationalversammlung gesonnen ist, ganz aus der Versammlung

zu scheiden, da keine Aussicht vorhanden ist, daß er seine Pläne durchsetzen werde. Geschieht dies, so wäre der Beweis geliefert, wie diese Herren die Freiheit begreifen, und was wir zu erwarten hätten, wenn sie die Majorität bildeten.

— Berlin, den 5. Juni. Man erwartet, daß der Prinz von Preußen, der die Wirsiger Wahl angenommen hat, binnen wenigen Tagen hier eintreffen und an den Beratungen der Nationalversammlung alsbald sich betheiligen werde. Vielleicht ist hiermit in Verbindung zu setzen eine von Studenten ausgegangene Aufforderung, sich morgen (Sonntag) in Masse nach dem Friedrichshain zu versetzen um daselbst das Andenken der gefallenen Märzkämpfer zu feiern und frisch zu erhalten. Ueber den heute in der Nationalversammlung von einem Abgeordneten gestellten Antrag, daß die Vertreter sich dem morgigen Aufzuge anschließen mögen, ward zur Tagesordnung geschritten.

— General v. Aschhoff hat sich von den allzulange Zeit erlittenen, ganz unverschuldeten Kränkungen bewegen lassen, das Kommando der Bürgerwehr niederzulegen. Interimistisch ist an seiner Stelle der Major v. Blesson gewählt worden, der heute bereits durch einen Anschlag bekannt gemacht, daß die von einem Volkshaufen nach dem Schützenhause gebrachten Kanonen morgen durch eine Abtheilung der Bürgerwehr in's Zeughaus zurückgebracht werden müssen.

— Es wird erzählt, ob mit Grund kann ich nicht sagen, daß aus Amerika 10,000 Ktr. für unsere radikalen Litteraten eingetroffen seien.

— Unsere Felder versprechen eine sehr gesegnete Erndte.

— Vorgestern hat eine Einigung des seit einiger Zeit in Zwiespalt getathenen bewaffneten Studenten-Corps stattgefunden. Zugleich wurde einstimmig beschlossen, die bisher gegen die Studirenden bestandenen Rechte des Universitäts-Senats nicht mehr anzuerkennen, da diese eigentlich schon durch die Errungenschaft des 18. März zu gelten aufgehört hätten.

Versammlung zur Vereinbarung der preussischen Staats-Versaffung.

Achte Sitzung, vom 2. Juni.

Beginn: 11½ Uhr. Das in der vorigen Sitzung verworfene Protokoll der 6. Sitzung wird, in von dem Hrn. Grafen Cieszkowski umgeänderter Form, durch den Sekretair, Hrn. Hausmann, verlesen.

Präsident Wilde zeigt an, daß die Herren Abgeordneten von jetzt ab allmorgendlich die Protokolle des vorvergangenen Tages auf ihrem Plaze finden würden.

Ein Abgeordneter ist gegen den Gebrauch von Fremdwörtern bei den Debatten, indem es hin und wieder Mitglieder gebe, die, wenngleich sie den redlichsten Willen besäßen, doch nicht auf der Stufe stünden, um jene durchaus zu verstehen. Präsident Wilde stimmt dem bei und verspricht für sich und im Namen der Versammlung die Befolgung dieser begründeten Forderung.

Hr. Temme erklärt, daß er nicht in seiner Funktion als Abgeordneter, sondern in der als Mitglied eines Vereins zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung vorgestern bei dem Auslaufe vor dem Zeughause, und zwar nur leicht verlegt worden.

Präsident Wilde erklärt auf den Antrag eines Abgeordneten, daß sämtliche Redner nach dem Reglement sich kurz zu fassen, sämtliche Abgeordnete aber sich jedes Zeichens des Beifalls oder der Mißbilligung zu enthalten hätten, wie namentlich der letztere Punkt nicht aufrecht zu erhalten sei.

Man geht nunmehr zur Tagesordnung über.

Hr. v. Berg interpellirt das Ministerium darüber, welche Maßregeln es fortan zur Aufrechterhaltung der oft gestörten öffentlichen Ordnung und Ruhe ergreifen werde? Wenn auch nicht, wie man von verschiedenen Seiten ausgesprochen, Anarchie eingetreten, so befinde man sich doch im Zustande der unbegreiflichsten Ungewißheit, ob das Ministerium energisch auftreten und namentlich ein Gesetz zur Entschädigung der durch Aufruhr verursachten Schäden erlassen und weiter zu dessen Ausführung verantwortliche Personen anstellen werde. Man habe gehofft, daß, sobald die Versammlung zusammengetreten, dies mit ihrer Beihilfe berathen werden würde, was aber bis jetzt nicht geschehen.

Minister des Innern v. Auerwald: Das Ministerium hat sich nicht für befugt erachten können, ein so wichtiges Gesetz ohne Hilfe einer, aus Räten zusammengesetzten, Kommission zu berathen. Es muß überhaupt erst der Beschluß gefaßt werden, ob die Anwendung der bewaffneten Macht allein den Gerichten, oder auch anderen Behörden zugestanden werde, was jedoch erst nach Vorlegung des desfallsigen Gesetzes geschehen kann. Im Uebrigen kann das Ministerium sich selbst das Zeugnis geben, daß es alle, ihm in dieser Beziehung zu Gebote stehenden, Mittel redlich benützt hat. Die arbeitslosen, und somit vorzugsweise zu Excessen geneigten, Personen sind entweder versorgt oder doch unterstützt, die Kräfte der Sicherheits- und Polizeibehörden wesentlich verstärkt, die Errichtung von bewaffneten Schutz-Corps befördert und selbst die Hilfe des Militärs in dringenden Fällen beansprucht worden. Bis dahin, wo jede Gemeinde dadurch, daß die ausgedehnteste Bürger-Bewaffnung eingeführt worden, in den Stand gesetzt wird, in jedem Falle selbstständige Maßregeln zu nehmen, muß es bei jenen, übrigens genügenden, verbleiben (Bravo).

Hr. Kelsch interpellirt den Finanzminister, ob die Seehandlung auch fernerhin, namentlich aber während des bevorstehenden Wollmarktes, sich bei Wollkäufen betheiligen und gute englische Wechsel annehmen werde. Es sei der ausdrückliche Wunsch seiner Committenten (der Redner scheint hierauf besonders Gewicht zu legen, denn er wiederholt diese Phrase mehrfach) daß er dem Herrn Minister zu erkennen gebe, daß dieser jede Maßregel, welche kleinere Händler und Fabrikanten drücke und dem Wollverkauf nicht allen Vorschub leiste, fallen lasse.

Finanzminister Hansemann: Nicht nur die Committenten des Hrn. Redners vor mir, sondern überhaupt die meisten Fabrikanten haben Beschwerden in dieser Beziehung laut werden lassen. — Von vielen Seiten scheint man die allgemeinen desfallsigen Interessen und Verhältnisse nicht ganz zu verstehen. — Ich selbst bin zwar ein Feind des Prinzips, der Staat müsse selbst Handel treiben, (Bravo) und erkläre mich daher im Voraus für jede Maßnahme im

Interesse des berechtigten Handelsstandes; doch muß ich auch hinwiederum darauf aufmerksam machen, wie die verschiedenen Zweige der Seehandlung erst nach und nach in Privathände übergehen können, sollen ihre segensreichen Institute nicht werthlos werden. Es bestehen Verträge, nach welchen dieselbe in diesem Jahre Parthien Wolle ankaufen muß, und diese müssen inne gehalten werden. Man fürchte ja nicht, daß hierdurch die Concurrenz zu groß werde, sie wird, seien Sie dessen versichert, noch zu klein sein. — Schmerzlich hat es mich aber berührt, wenn ich hörte, daß jene solide englische Wechsel verfilbern solle, denn das ist mir ein Beweis, wie wenig gekannt die eigentlichen Verhältnisse sind. Nicht englische Wechsel, sondern englische Guineen müssen wir nach uns ziehen, um wenigstens einen Theil des Geldes wieder zu erlangen, welches lange genug von hier aus dorthin gewandert. — Andererseits bedenkte man, daß Credit und Geld im gleichen Maße geschwunden, als die meisten Hülsquellen sich klopften. Die größten Häuser haben sich entweder ganz von den Geschäften zurückgezogen, oder operiren doch nur mit der äußersten Vorsicht. Man muß es uns daher Dank wissen, wenn wir dem Landmanne Gelegenheit geben, sein Rohprodukt zu verfilbern, denn der Fabrikant leidet jetzt wahrlich nicht daran, daß er nicht genug fabriciren, sondern daran, daß er seine Fabrikate nicht absetzen kann. Verspricht die Seehandlung, im Verein mit der dazu angewiesenen Bank, auch Hilfe, so mache man sich nicht allzu große Hoffnungen, denn die Mittel sind wahrlich beschränkt und nicht Schritt haltend mit dem guten Willen. (Allgemeines Bravo.)

Hr. Fregdors: Ich spreche der hohen Versammlung meinen Dank aus, daß sie überhaupt mir gestattete, folgende Interpellation ... (zur Sache, keine Tiraden!) Ich interpellire den Hrn. Minister des Auswärtigen darüber, welche Maßregeln ergriffen worden sind, um 1) die Blockade unserer Häfen und das Embargo unserer Schiffe, welches dänischer Seits gehandhabt wird, aufzuheben; 2) den beschädigten deutschen Handelsstand zu entschädigen, und 3) ob der Sundzoll noch fernerhin bestehen bleiben wird? Die Thronrede verhiess uns eine freundliche Vermittlung, und doch ist unsere siegreiche Armee rückwärts gegangen, nachdem der General v. Wrangel selbst die ausgeschriebene Contribution zurückgenommen, ohne uns den Frieden zu bringen. Preußen scheint, trotz des einzigen Deutschlands, allein und zwar an seiner empfindlichsten Seite verbluten zu müssen, an der Hemmung seines Handels und der freien Bewegung überhaupt. Ich erwarte die Antwort des Hrn. Ministers.

Hr. v. Arnim: Zur Verübung des preussischen zu beklagenden Handelsstandes, welcher mit so dankenswerther Geduld die drückenden Lasten getragen hat und noch trägt, welche ein, durch die Ehre bedingter, Krieg hervorgerufen, darf ich erklären, daß wir seinem Ende näher, als seinem Anfange sind. Durch kräftige englische Vermittlung werden wir den Frieden erlangen, den wir durch das Zurückziehen unserer Truppen aus Jütland (dieselben hatten übrigens seit geraumer Zeit keinen Feind mehr vor sich und mußten sich daher auch mehr concentriren) schon signalisirt haben. Im Uebrigen bitte ich die hohe Versammlung überzeugt zu sein, daß ich, wenngleich mir für jetzt noch, aus diplomatischen Rücksichten, Stillschweigen über manchen Punkt auferlegt ist, alsbald mit der Sprache heraustreten werde, wenn der geeignete Zeitpunkt gekommen.

Minister-Präsident Camphausen beantragt, jede Interpellation des Ministeriums schriftlich einzureichen, welchem Präsident Wilde beitrifft, indem derselbe erklärt, eine mündlich bei den Sekretären angemeldete nicht mehr annehmen zu wollen.

Um 1½ Uhr übernimmt der Vice-Präsident Esser die Führung der Debatten, und ertheilt dem Hrn. Weichsel das Wort zur Vorlesung seines, auf die grundgesetzliche Sicherung der Volksrechte und Volksfreiheiten, wie Abschaffung aller Bevorrechtigungen zielenden, Antrags, welcher auch an die Abtheilungen gewiesen wird; ebenso der der Herren Stein, Elsner und Gr. Reichensbach, auf Abschaffung des ausschließlichen Jagdrechts, ohne Entschädigung der jetzigen Inhaber, Uebergabe des Rechts, zu jagen, an Alle ohne Ausnahme. Der Minister-Verweser, Hr. v. Patow, bemerkt, daß die Regierung diesen Gegenstand bereits in Erwägung gezogen habe. Die denselben betreffenden eingegangenen zahlreichen Bittschriften gehen gleichfalls an die Abtheilungen.

Dieselben Herren haben die Aufhebung der Abgaben an Domänen: Laudemien, Schußgelder, Marktgroßen und Zählgelder, beantragt, wogegen, wie Gr. Reichensbach unter Heiterkeit der Versammlung bemerkt, den Gutsherren „die Last der Patrimonialgerichte“ abgenommen werde. Nachdem auch dieser Antrag an die Abtheilungen gewiesen worden, bemerkte der Finanzminister Hansemann, daß er schon vor dem Zusammentritt der Versammlung bei dem Könige die Aufhebung der Schußgelder, welche der Fiskus, als Domainen-Eigner bezieht, in Antrag gebracht habe (Bravo); der Minister-Verweser Hr. v. Patow: Die Regierung habe sich auch bereits mit Regelung dieser Angelegenheiten beschäftigt und freue sich, ihre desfallsigen Absichten und Pläne nunmehr den Abtheilungen darlegen zu können.

Hr. Renstiel verliest einen dahin gehenden Antrag, die Landräthe sollen fortan keine Edelleute und Rittergutsbesitzer mehr sein, die Landraths- und Kreissteuer-Ämter in die Städte verlegt, alle Staatsbeamte nur interimistisch angestellt werden und alle Bewohner des Staats, wenn sie zehn Jahre ununterbrochen im Lande gewohnt, Unterbeamtenstellen erhalten können. Ferner beantrage er: Aufhebung des Hauszins, wie des Kleinhandels auf dem platten Lande, der Laudemial-Gefälle, desgleichen aller, den Gutsherren zu leistenden Roboten und Renten. (An die Abtheilungen.)

Hr. Reuter beantragt, daß eine aus 16 Mitgliedern bestehende Commission, an welcher jedoch kein Mitglied aus dem Großherzogthum Posen Theil nehmen dürfe, zur Untersuchung der Frage, weshalb die nationale Reorganisation des Großherzogthums Posen zur Entzweiung und zum Blutbad geführt, schleunig niedergelegt werde. Der Antrag wird unterstützt und soll an die Abtheilungen gewiesen werden, als Herr Parisius die sofortige Debatte beantragt, weil es wünschenswerth sei, daß noch vor der Adress-Beratung die Minister der Commission Auskunft geben. Herr Dunker stellt anheim, die Sache der Adress-Commission zu überweisen. Hr. Bloem spricht auch für rasche Aufklärung, welche nöthigenfalls die Minister der Commission nicht versagen werden. Finanzminister Hansemann: Die Frage sei unerwartet und höchwichtig, worüber aber nicht auf der Stelle entschieden werden könne. Die Versammlung werde nichts improvisiren, sondern auf Alles vorsichtig eingehen wollen. (Auf: Schluß der Debatte.) Hr. Jung erklärt sich gegen den Schluß, weil ein Minister das letzte Wort hatte, dieser eine große Partei habe, welche ihn nicht gern

verläugne. (Lärm. Ruf: „zur Ordnung“.) Präsident: Da die Versammlung gerichtet, so ist mein Einspruch überflüssig. Hr. Jung: Die Versammlung hat nicht gerichtet. Hr. Bauer — aus Berlin — protestirt gegen solche Unterstellungen, da er seine Stimme frei abgebe. Hr. Reuter begründet jetzt seinen Antrag auf sofortige Einsetzung der Commission. Finanzminister Hansmann kommt nochmals auf seine Ansicht reiflicher Erwägung für die Sache zurück und wird darin auch von dem Minister-Präsidenten Camphausen unterstützt, welcher außerdem ausspricht, daß im Wege der vorher angemeldeten Interpellation die Aufklärung über die Verhältnisse noch rascher erfolge, da der Weg der Commission immer langsamer sei. Zu einer zufälligen Entscheidung sei die Sache aber keineswegs angethan. Die Versammlung beschließt, daß der Reutersche Antrag nicht sofort zur Debatte und Abstimmung, sondern zur Vorberathung an die Abtheilung komme. Herr Stein macht nun das Amendement, daß Debatte und Abstimmung morgen zuerst erfolge, wogegen sich der Minister Graf Schwerin, als gegen eine Reglements-Widrigkeit erhebt. Hr. Lemme führt an, daß wenn die Hauptfrage gefallen, das vorgedachte Amendement selbstredend darin mitbegriffen sei. Hr. Stein besteht zwar, daß nach seinem Amendement verfahren werde, die Versammlung beschließt indeß, dasselbe nicht zur Abstimmung zu bringen. (Hr. Milde nimmt jetzt wieder den Präsidentenstuhl ein.) Hr. v. Kirchmann: Es sei ihm noch nicht klar, was denn die Abtheilungen mit Beziehung auf die verlangte Commission zu thun haben. Hr. Bauer (Berlin): Die Abtheilungen sollen nur prüfen, ob die Ernennung einer Commission überhaupt empfehlenswerth sei. Dem Graf Cieszkowski wird, da er über die bereits erledigte Sache noch sprechen will, das Wort entzogen.

Der Schriftführer Hr. Schneider theilt nun noch die Zusammensetzung der verschiedenen Commissionen mit. Danach besteht die Adress-Commission aus folgenden Herren: Waldeck, Blom, Sydow, Sierke, Baumstark, Grabow, Dunker, v. Daniels, Wachsmuth, Phillips, Esfeler, Balzer, Elsner, Evelt, Zacharia und Behrend. — Die Bittschriften-Commission zählt folgende Mitglieder: H. v. Loë, v. Unruh, Bloem, Tamnau, Rugen, Baumstark, Schulz, Gelsborn, Eichhorn, Bauer (Berlin), Sommer, Rodbertus, Schwonder, Evelt, Elsner, Reichmann, Uhlich und Zacharia. — Die nächste Sitzung wird auf Sonnabend, den 3. Juni Vorm. 11 Uhr anberaumt (Schluß der Sitzung 3 Uhr 11 Min.)

Frankfurt a. M., den 3. Mai. In der heutigen Sitzung der National-Versammlung wurde in einem Berichte des Wahl-Legitimations-Anschusses die vorläufige Zulassung der Posener Abgeordneten beantragt.

* Leipzig, den 2. Juni. Am 30. v. M. war Sitzung des Vereins zur Wahrung der Deutschen Sache in den östlichen Grenzlanden. Ich lasse so gleich eine gedrängte Uebersicht des Verhandelten folgen; zuvor einige Worte über den Verein selbst.

Die Gefahr, welche den östlich gelegenen Provinzen des Vaterlandes durch die Stellung, welche die Slawischen Volksstämme neuerdings zu denselben eingenommen haben, droht; die thatächlichen Uebergriffe in die Rechte unserer Nation, deren sich jene dort schuldig gemacht, wo sie die Mächtigeren waren, oder es zu sein wähnten; die empörenden Gräuelt, welche sie gegen die Unsrigen verübt: das war es, was die hier fast allgemein verbreitete Sympathie für die Slawen und ihre Bestrebungen vernichtete und dieselbe den Patrioten da, wo sie, durch die That ausgedrückt, sich zeigte, als Verrath an dem eigenen Volke erscheinen lassen mußte. Man dürfte sich aber nicht damit begnügen, den Feinden des Vaterlandes die ihnen früher bewiesene Sympathie zu entziehen: man mußte auch den fernem, in ihren heiligsten Rechten verletzten Brüdern nach Kräften beistehen. Dies war das leitende Princip bei der Gründung des Vereins zur Wahrung der Deutschen Sache an den östlichen Grenzen; die Idee zu diesem Verein ging von Dr. Wuttke und Dr. Fürst, Privatdocenten an hiesiger Universität, und Gustav Kühne aus, die Gründung fand am 27. April d. J. Statt. Es galt, den entfernten Stammesgenossen die Ueberzeugung zu geben, daß das gesammte Deutsche Vaterland zu ihnen stehe, sie zu ermuntern, auszuhalten in dem Kampfe für ihre Nationalität, festzuhalten an dem Bunde, welchem sie vermöge ihrer Sprache, ihrer Gesittung, ihrer Kultur angehören; es galt andererseits einen Damm zu setzen den feindseligen Bestrebungen der Slawen, dem Drohgespenste des Panlawismus die Kraft und die Macht des gewaffneten einigen Deutschlands entgegenzuhalten. — Die zahlreichen Verbindungen, welche der Verein im Großherzogthum Posen, so wie in den südöstlichen Grenzprovinzen angeknüpft hat, geben Zeugniß, daß er an der Erfüllung seiner Aufgabe nicht ganz ohne glücklichen Erfolg gearbeitet; als einzelne Beweise seiner Thätigkeit wollen Sie die beigefügten Adressen, welche in Tausenden von Exemplaren in die betreffenden Provinzen versandt worden sind, betrachten.

Die gestrige (zehnte) Sitzung war eine in vielfacher Beziehung ganz besonders interessante. Dr. Wuttke, d. J. Präsident, eröffnet die Sitzung mit einer Bemerkung über die ungemeine Rührigkeit der Slawen, von welcher die in neuester Zeit in der Lausitz in's Leben gerufenen vier Slawischen Journale Zeugniß ablegten. — Es werden sodann eine Zuschrift von einem Vereine in Wien den dortigen Kampf schildernd, und eine andere aus Prag, über das schändliche Treiben der Tschechen, namentlich in Bezug auf die Wahlen, mitgetheilt. Die Versammlung beschließt, nach einer kurzen Debatte, den Hauptinhalt des Briefes in einem Zeitungsartikel zur Oeffentlichkeit zu bringen. — Der Präsident schlägt ferner vor, gegen Herrn J. Peter Jordan, Parteiführer der Slawen gegen das Deutschthum, einen energischen Schritt zu thun. Herr Jordan nämlich, Lector der Slawischen Sprachen an hiesiger Universität führt seit einer Reihe von Jahren einen systematischen Kampf gegen Deutschland und das Deutschthum, wobei er sich aller jener Mittel bedient, welche wir in den letzten drei Monaten nur zu gut kennen gelernt haben. Die Slawischen Jahrbücher, welche Herr Jordan redigirt, sind es, welche ihm als Feld für seine Thaten dienen: besonders seit der letzten Insurrection ist diese Schrift voll des empörendsten Hohnes, der scheußlichsten Lügen gegen die Deutschen: es ist die Quintessenz von dem, was in dieser Beziehung die Zeitungs-Halle und Ruge's „Reform“ enthalten. Aber noch mehr! Herr Jordan wagt es, hier, im Herzen von Deutschland, zu einem Slawischen Reichstage einzuladen! Herr Jordan will durchaus kein Deutscher sein, sondern rühmt sich einer Slawischen Abstammung; er ist nämlich in der Sächsischen Lausitz geboren, kam in einem Alter von 15 Jahren nach Prag, wo er Gelegenheit hatte, sich vollkommen zu slaw-

wissen; Palacki und Schafarik wurden seine Gönner und erhielten ihm fortwährend ihre Gönnerschaft, wofür sich denn auch Herr Jordan dankbar bewies. Gelinde ausgedrückt, ist er ein Spion, und ein sehr gefährlicher Spion. — Prof. Haupt unterstützt den Antrag des Präsidenten und meint, man solle an das Kultus-Ministerium die Bitte richten, Herrn Jordan aus der Reihe der akademischen Lehrer zu entfernen. Wuttke meint jedoch, man solle diese Bitte, oder diesen Antrag vorerst an den akademischen Senat richten. Fürst weist auf das frühere Treiben dieses Lectors hin, und wundert sich, daß von Seiten der Universität in dieser Beziehung nicht schon längst etwas geschehen ist. Avenarius meint, man solle einen solchen Schritt nicht thun, sondern man solle bloß eine öffentliche Erklärung abgeben. (!) Nach längerer Debatte wird Haupt's Antrag angenommen.

Es werden hierauf Sendschreiben und Proklamationen von Deutschen Böhmen vorgelesen; Mittheilung zweier Schreiben von dem Sächsischen Bischof Dittich und dem Fürstbischof Diepenbrock, als Erwiderungen auf die an den ersteren mündlich, an den letzteren schriftlich vom Vereine gerichteten Bitten, Schritte zur Beruhigung der durch böswillige Geistliche fanatisirten Polen zu thun. Avenarius will, daß dem Bischof Dittich eine Abschrift von Diepenbrock's Zuschrift mitgetheilt werde. Es wird beschlossen, das Schreiben Diepenbrock's auszüglich in den Bericht mitinzufügen.

Es erfolgt hierauf die Vorlesung einer Zuschrift von Herren aus Lissa, welche zu Anfang d. M., als von dem Lissauer Verein an den unserigen abgesandt, an den Berathungen mit theilgenommen hatten. Die Zuschrift enthält einen Dank an den Verein für seine Thätigkeit und liefert demselben einen Geldbeitrag.

Der Präsident spricht sodann dem noch anwesenden Herrn Viberfeld seinen Dank für das Mitwirken des L. Vereins aus und wünscht ein ferneres Zusammenwirken. Es folgt ein Bericht über die Zustände in der Provinz Posen. Wuttke knüpft daran eine Beurtheilung des Verfahrens des Deutschen Parlamentes in Bezug auf Posen, namentlich des Benedek'schen Antrags, den Posenschen Deputirten nicht aufzunehmen. Er wünscht, die Versammlung möge in dieser Sache einen Schritt thun. Haupt will entschieden gehandelt wissen und weist nach, daß es eigentlich bei Vielen nur Böswilligkeit sei, den Polen das Wort zu reden. Es wird eine Commission, bestehend aus Haupt, Flathe und Wuttke, gewählt, welche mit Abfassung einer Erklärung des Vereins an das Parlament beauftragt wird. — Es entsteht die Frage, ob nicht auch gegen Blum, namentlich wegen einiger Stellen in seiner Einleitung zum Reichstagsbl. etwas geschehen solle, was, nach einer kurzen Debatte, verneint wird.

Es wird nun über den in der letzten Versammlung gestellten Antrag, eine Denkschrift an die Französische Regierung zu richten, gesprochen. Avenarius weist auf die, denen der Schritt überlassen bleiben soll. Die Sache wird wegen der vorgerückten Zeit (es ist bereits 10½ Uhr) auf die nächste Sitzung verschoben.

München, den 30. Mai. Die beiden Kammern haben gestern und heute noch Gesammtbeschlüsse über mehrere bereits berathene Gesetze erzielt und sind somit am Ende ihrer Geschäfte angelangt. Am Schlusse ergriff der Staats-Minister des Aeußern, Graf von Bray, das Wort. „Ehe diese hohe Versammlung,“ so begann er, „auseinandergeht, sei es mir erlaubt, von meinem Standpunkte aus auch noch einige Worte an Sie zu richten. Es sind gegen die Deutschen Regierungen, und namentlich gegen die Bayerische, in manchen Organen der Oeffentlichkeit Beschuldigungen und Verdächtigungen ausgestreut worden. Man hat sie separatistischer Tendenzen beschuldigt, und behauptet, es herrsche bei ihr nicht der nöthige Eifer für Deutschlands Einheit. Meine Herren! Nirgends ist man Deutscher gesinnt als in unserem Lande und in unseren Räumen. Ich hoffe, meine Worte werden weiter reichen, als die Wände dieses Saales. Wir leben im Herzen Deutschlands, Bayern ist das Herz Deutschlands, und so wie das Herz nicht vom Leibe getrennt werden kann, wenn das Leben fortdauern soll, wird auch Bayern von Deutschland nicht geschieden werden können. Fragt man, was die Regierung wolle, so antworte ich, sie will nichts, was nicht auch Bayern will. Sie will ein einiges, kräftiges, verzüngtes Deutschland, im Innern intelligent, frei, betriebsam, nach außen geachtet und achtung gebietend. Welche Opfer gebracht werden müssen, um das hohe Ziel zu erreichen, läßt sich wohl im voraus nicht so genau bestimmen. Es wird eine Verständigung stattfinden zwischen Volk und Regierung, ein Vertrag, von beiden heilig und gleich geachtet. Die Opfer aber, die nicht gebracht werden dürfen, zu denen rechne ich solche, die wirklich gebracht, Deutschland selbst schwächen, Deutschland seines Ruhmes und seiner Zierde berauben würden. Hierunter verstehe ich die reiche, fruchtbringende, lichtverbreitende Mannichfaltigkeit und Eigenthümlichkeit der Deutschen Volksstämme und, was Bayern insbesondere betrifft, unseren glorreichen Namen, unsere in Deutschland stets eingenommene hohe Stellung unter einer tausendjährigen Dynastie. Das sind die Ansichten und Absichten der Regierung. Daß es auch die Ihrigen sind, dafür bürgen mir die patriotischen Verhandlungen dieses letzten Landtages, wie aller früheren.“ Der erste Präsident richtete sich sofort mit der Aeußerung an die Kammer: „Ich glaube, daß wir diesen Ansichten uns aus vollem Patriotismus anschließen,“ und das letzte Wort der Abgeordneten war ein allgemeines, kräftiges „Ja, ja!“

— Die Regierung hat die Portofreiheit für die Versendung der gedruckten Verhandlungen der National-Versammlung bewilligt.

Bremen, den 1. Juni. Heute Morgen ist unser Infanterie-Kontingent ausgerückt, um sich über Hamburg nach dem Kriegsschauplatz in Schleswig-Holstein zu begeben.

A u s l a n d.

F r a n k r e i c h.

Paris, den 1. Juni. Der Antrag der Staatsanwaltschaft auf Kriminal-Untersuchung gegen Louis Blanc stützt sich auf folgende Beweggründe: „In Gr- (Mit zwei Beilagen.)

wägung, daß aus der gegen die Urheber und Mithülfigen des Attentats vom 15. Mai eingeleiteten Untersuchung und namentlich aus dem Zeugenverhör Louis Blanc's selbst die ernste Vermuthung hervorgeht, daß besagter Louis Blanc an der Erstürmung und Unterdrückung der National-Versammlung Theil genommen; in Erwägung, daß besagter Louis Blanc nach eigenem Geständniß zweimal zum Volk, das den Sitzungssaal erstürmte, gesprochen; einmal durch ein Fenster der Hauptfronte an der Seite von Barbès und Albert und das zweitemal auf einem Stuhle im Saale der Bas-Verdus, und daß er in Folge dieser Auerden vom Volke im Triumph in den Sitzungssaal getragen wurde; in Erwägung, daß Louis Blanc in diesem Saale und während des Tumults das Wort von neuem ergriffen und namentlich gesagt: „Ich wünsche euch Glück dazu, das Recht wieder erobert zu haben, Eure Bittschriften in Person vor die Kammer zu bringen. Künftig wird man es Euch nicht mehr bestreiten können“; eine Aeußerung, die durch die Ansage von vier Deputirten erhärtet wurde; in Erwägung anderer Umstände endlich, die hier speciell zu erörtern unerheblich, tragen der General-Prokurator Portalis und der Prokurator Landrin bei der National-Versammlung darauf an, zu gestatten, im Sinne des Artikels 87 des Strafgesetzbuchs die Kriminal-Untersuchung gegen den Deputirten Louis Blanc einzuleiten. Im Justiz-Palast, den 31. Mai 1848. (gez.) A. Portalis. Landrin.“

In seiner gestrigen Vertheidigungsrede sagte Louis Blanc: „Ich verneine, am 15. Mai zu dem hereindrängenden Volk gesagt zu haben: „Ich wünsche Euch Glück dazu, das Recht wieder erobert zu haben, Eure Bittschriften in Person vor die Kammer zu bringen.““ Ich sagte vielmehr: Wenn ihr wollt, daß das Petitionsrecht geheiligt sei, so achtet doch Eure eigene Souveränität.“ Der Redner betheuerte auch, daß er zu der Demonstration am 15. nicht mitgewirkt und nie zu Gewaltthaten aufgefordert habe, der am 15. auf die Volks-Souveränität geführte Angriff habe ihn vielmehr tief entrüstet. Er sei am 15. nicht von seinem Platze in der Versammlung gewichen, bis man ihn im Triumph fortgetragen habe. Er freue sich übrigens der Anklage gegen ihn, weil sich dadurch die Nichtigkeit der gegen ihn erhobenen Beschuldigungen erweisen werde. Der Präsident Buchez, der am 15. Mai den Vorsitz in der National-Versammlung führte, erklärte gestern, daß er selbst an jenem Tage Louis Blanc aufgefordert habe, eine Auerde an das Volk zu halten.

In den Abtheilungen der National-Versammlung gab die Anklage gegen L. Blanc zu lebhafter Diskussion Veranlassung. Manche Abtheilung saß bis 7 Uhr, ehe sie über die Wahl desjenigen Mitgliedes sich einigen konnte, das der Begutachtungs-Kommission beizutreten habe. Heute Vormittag hielt diese Kommission Sitzung. Bis Mittag war sie noch zu keiner Entscheidung gekommen. Auf den Straßen bildeten sich starke Gruppen von Arbeitern, in deren Mitte lebhaft diskutiert wurde.

Durch den Telegraphen ist die vollziehende Gewalt von der Ankunft des Gr. Direktors der National-Verfassungen, Emile Thomas, zu Bordeaux benachrichtigt worden.

Spanien.

Madrid, den 25. Mai. Die Gaceta enthält heute in ihrem amtlichen Theile Folgendes: „Da die Regierung Ihrer Majestät der Königin die Französische Republik anerkannt hat, so hat der Geschäftsträger derselben, Herr Lesseps, seine amtlichen Beziehungen zu ersterer angetreten.“

Die Regierung hat verfügt, daß derjenige Theil der Besatzung von Sevillia, welcher an dem dortigen Aufstande sich nicht betheiligte, besonders belohnt werden solle. Der Heraldos sagt bei dieser Veranlassung: „Es wird uns zu besonderer Befriedigung gereichen, in anderen Ländern das Betragen unserer Armee nachgeahmt zu sehen, welche die erste in Europa ist, die bei dem jüngsten Umsturz der Dinge den übrigen zeigte, wie sie ihre Pflichten zu erfüllen haben. Das Ehrgefühl, die Treue und der Heldennuth, welche in den Reihen unserer Soldaten herrschen, sind jetzt der Gegenstand der Bewunderung ganz Europa's, und wenn man bewundert, so ist man nahe daran, nachzuahmen.“

Belgien.

Brüssel, den 31. Mai. In der Independance liest man: „Bekanntlich war Frankreich unter der Regierung Ludwig Philipp's in Brüssel durch einen Botschafter vertreten. Auch Belgien hatte einen Botschafter in Paris. Da nun Herr Belloc, der an die Stelle des Herrn von Rumigny getreten, nur den Rang eines außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers hat, so erscheint es als natürlich, daß der bei der Republik beglaubigte Belgische Agent denselben Titel und Grad habe. Unsere Regierung hat denn auch, wie verlautet, den Charakter unserer Gesandtschaft in Paris zu ändern beschlossen. Dieselbe

wird nächsten von einem bevollmächtigten Minister geleitet werden. Man fügt hinzu, die Regierung werde dabei nicht stehen bleiben, sondern eine bedeutende Herabsetzung des in den ersten Jahren nach der Revolution für unsere Gesandtschaft in Paris angewiesenen Gehalts vornehmen. Der Fürst von Ligne soll jedoch, wie man versichert, ehe er einen Posten verläßt, welchen er mit Hingebung und Auszeichnung verwaltet hat, mit der besondern Mission beauftragt sein, als Botschafter die offiziellen Beziehungen Belgiens zu der Französischen Republik zu eröffnen.“

Das selbe Blatt erklärt, daß der Französische Gesandte, Herr Belloc, eben so wie die anderen Mitglieder des diplomatischen Corps, zu dem Dinner eingeladen gewesen, welches der Britische Gesandte, Lord Howard de Walden, am Sonnabend zur Feier des Geburtstages der Königin Victoria gegeben, und daß nur ein mit der Politik in keiner Verbindung stehender Umstand ihn verhindert habe, demselben beizuwohnen; am Abend aber sei er im Stande gewesen, sich nach dem Hotel der Britischen Gesandtschaft zu begeben und bei dem dortigen Empfang anwesend zu sein.

Das Journal de Liège meldet: „In Folge der so beruhigenden Erklärungen des Französischen Gesandten, Herrn Belloc, und bei der überall in Belgien herrschenden Ordnung, läßt General Ebazal (der Kriegsminister) in seinen Büreaus eine Arbeit zur Reduktion des Effectivbestandes der Armee vorbereiten.“

Schweiz.

Tagssatzung. (Sibg. 3.) Der Vorort hat nun auch von den Schweizerischen Konsuln in Genua und Neapel und von Oberst Ruvini in Mailand Schreiben über die Neapolitanischen Ereignisse vom 15. Mai erhalten. Die Italienschen Zeitungsberichte scheinen etwas übertrieben gewesen zu sein. Ein Bericht der Siebner-Kommission veranlaßt den Beschluß der Entlassung des Basler Contingents und eine Reduktion der in Tessin aufgestellten Truppen. Am Montag (den 29. Mai) gehen die meisten Gesandtschaften zu dem eidgenössischen Offiziersfest nach Solothurn.

Basel. (C. 3.) Die Kosten für die nicht sehr bedeutende Eidgenössische Truppen-Aufstellung in Basel belaufen sich bis jetzt bereits auf 50,000 Fr.

In der Sitzung vom 30. Mai wurde der Antrag von Genf, betreffend die Rückberufung der Schweizerregimenter in Neapel, verhandelt; eine Abstimmung hat noch nicht stattgefunden. Bis jetzt haben die meisten Stände zwar ihr Bedauern ausgesprochen, daß die Schweizer sich für eine solche Sache schlagen mußten, aber gefunden, daß dieselben ihre Pflicht gethan und einen ehrenwerthen Muth bewiesen hätten, der auch nicht durch Theilnahme an Erzeissen befeckt sei.

Italien.

Rom, den 24. Mai. Heute Nachmittag ist hier Gioberti angelangt und im Hotel d'Angleterre abgestiegen. An mehreren Häusern des Corso, z. B. dem kaufmännischen Kasino, flatterten Fahnen. Um 7 Uhr sah man ihn durch den Corso fahren, von einer zahlreichen Menge begleitet, welche ihm Hochs ausbrachten. Zwei Herren saßen auf dem Rücksitz ganz ehrerbietig. Die Entgegenkommenden grüßten ihn, auch die Priester Alle. Er aber, obgleich Priester, war doch in weltlicher Tracht, was für römische Priester unerhört wäre, hielt den Hut in der Hand, grüßte auf Französische Art, mit ausgestrecktem Arm, während die Italiener beim Gruß nur behende mit der Hand winkten, und machte überhaupt mehr den Eindruck eines Parisers als eines Italieners. Er ist ein großer, schöner Mann mit reichem, langem kastanienbraunem Haar. Er sieht noch jung aus.

Theater.

Unter den vielen Poffen, welche Wien der Theaterwelt liefert, ist die am Sonntag uns vorgeführte: Stadt und Land, eine der wirksamsten, die sich überall Beifall erringen wird, wenn die Hauptrolle des Sebastian Hochfeld mit richtigem Verständniß gegeben wird. Hier war dieselbe in den Händen des Herrn Meyfel, dem es vortrefflich gelang, uns ein wahrheitsgetreues Bild des gutmüthigen, treuerzigen und derb biedernden Oesterreichers vorzuführen. Sehr richtig hatte Hr. Meyfel gefühlt, daß bei dieser Rolle das komische Element durchaus in den Hintergrund treten müsse, daß hier jener ächte Humor, der mit einem Auge lächelt und mit dem andern weint, sich offenbaren müsse, und nur zum Schlusse hätten wir noch ein bedeutenderes Hervortreten des gemüthlichen Elements gewünscht. Sehr gut unterstützt wurde er namentlich von Frau Port (Clotilde), die ihre Rolle sehr wahr und lebendig gab, auch die Damen Starkloff und v. Skepsgardh, sowie die Herren Karsten, Bernack und Vogt trugen zu dem offenbar äußerst günstigen Erfolge, den das Stück errang, bei. Das recht zahlreich versammelte Publikum war in die heiterste Laune versetzt und rief die Hauptdarsteller am Schlusse heraus.

Bekanntmachung.

Nach einer Bestimmung des Königl. General-Post-Amtes sollen die stenographischen Berichte von den Verhandlungen des Volks-Parlaments in Frankfurt a. M. und der National-Versammlung in Berlin, welche die Herausgeber der hiesigen drei politischen Zeitungen (Breslauer Zeitung, Schlesische Zeitung und Oder-Zeitung) in einem separaten Abdrucke für 10 Sgr. pro 30 Bogen herauszugeben und zu versenden beabsichtigen, ohne besonderen Provisions-Zuschlag von den Königl. Post-Anstalten debitirt werden.

Breslau, den 22. Mai 1848.

Ober-Post-Amt.

Da die Auflage der Verhandlungen der National-Versammlungen in Berlin und Frankfurt a. M. jetzt festgesetzt werden muß, ersuchen wir Diejenigen, welche die stenographischen Berichte zu besitzen wünschen, ihre Bestellung sofort bei der betreffenden Kommandite oder bei der nächsten Post-Anstalt zu veranlassen.

Die Expedition der Breslauer Zeitung.

Die heut früh 6 Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau von einer gesunden Tochter beehre ich mich allen meinen Freunden, statt besonderer Meldung, hierdurch ganz ergebenst anzuzeigen.

Posen, den 6. Juni 1848.

Jarckel, Rechnungs-Rath.

Bekanntmachung.

Es wird hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß für diesen Sommer eben so wie im vorigen Jahre, außer den bestehenden Privat- und Militair-Badeanstalten:

- 1) als öffentlicher Badeort abermals diejenige Badeselle im Warthafluß, welche der ersten Rastayer Ziegelei gegenüber liegt,
- 2) als sichere Pferdeschwemme diejenigen Stellen im genannten Fluß, welche zwischen der ehemaligen Dalkowatischen Privatbadeselle und der St. Rocher Ueberfähre belegen,

bestimmt, auch durch Tafeln an den Plätzen und durch Pfähle im Fluß bezeichnet worden sind. Das Baden und auch das Schwimmen an andern Orten, als den hier bezeichneten, namentlich näher der Stadt zu oder innerhalb derselben, ist durchaus unzulässig, und wird nach Umständen entweder mit 1 bis 5 Rthlr. Geld- oder verhältnißmäßige Gefängnißstrafe, oder nach den Bestimmungen des §. 183. Titel 20. Theil II. des Allg. Landrechts gemäß, geahndet werden.

Die ambulanten Polizei-Beamten sind beauftragt, jeden Uebertreter dieser Anordnung zur Bestrafung anzuzeigen, event. auch zu verhaften.

Posen, den 30. Mai 1848.

Königl. Polizei-Direktorium.

Bekanntmachung.

Diejenigen Mitglieder der frühern Bürgerschutzwache, welche die ihnen verabreichten Gewehre noch nicht zurückgegeben haben, werden dringend aufgefordert, solche schleunigst auf dem Rathhause abzuliefern.

Posen, den 27. Mai 1848.

Der Magistrat.

Ediktal-Vorladung.

Im Hypothekenbuche des Grundstücks No. 14. von Wilcza-Hausland, Pleschener Kreises, sind: Rubr. III. No. 1. für die Anna Dorothea Gerlach 317 Rthlr. 17 gGr. 8 1/2 Pf., und Rubr. III. No. 2. für die Maria Elisabeth Gerlach 317 Rthlr. 17 gGr. 8 1/2 Pf. auf Grund des über den Nachlaß des Johann Friedrich Gerlach unterm 29. Mai 1806 gerichtlich abgeschlossen und unterm 16. Juni 1806 bestätigten Erbcesses, ex decreto vom 28. Juni 1806 eingetragen.

Laut gerichtlicher Quittungen beider Gläubigerinnen vom 4. Januar 1822 sind die Forderungen bezahlt, die Behufs der Löschung erforderlichen beiden Dokumente über dieselben, bestehend in zwei Ausfertigungen des unterm 29. Mai 1806 gerichtlich abgeschlossen und unterm 16. Juni 1806 bestätigten Johann Friedrich Gerlach'schen Erbcesses und zwei annectirten Hypothekenscheinen vom 28. Juni 1806, aber sollen verloren gegangen sein.

Es werden daher auf den Antrag des Schuldners und Besitzers des Grundstücks, Wirths Mathews Gerlach alle diejenigen, welche an die zu löschende Posten und die darüber ausgestellten Instrumente als Eigentümer, Cessionarien, Pfandinhaber oder sonstige Briefinhaber, Ansprüche zu machen haben, aufgefordert, dieselben und zwar spätestens in dem am 19. September d. J. Vormittags 11 Uhr in unserem Geschäftszimmer vor dem Hrn. Ober-Landes-Gerichts-Assessor Reichwein anstehenden Termine, anzumelden, widrigenfalls sie mit ihren Ansprüchen präkludirt, die Dokumente amortisirt und die Posten werden gelöscht werden.

Pleschen, den 28. Februar 1848.

Königl. Land- und Stadtgericht.

Nothwendiger Verkauf.

Land- und Stadtgericht zu Schneidemühl.

Das hier sub Nr. 324. belegene, den Joseph Müllerschen Eheleuten gehörige Grundstück nebst Aekern, Wiesen und Gärten, abgeschätzt auf 8170 Rthlr. 22 Sgr. 6 Pf., zufolge der nebst Hypothekenschein in der Registratur einzuführenden Taxe, soll am 8ten November 1848 Vormittags 10 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Mittwoch, den 7. Abends 6 Uhr ist im Odeum Generalprobe zum Deutschen National-Liederfeste, wozu alle Sängler freundlichst eingeladen werden. Wer daran nicht Theil nimmt, kann bei der Ausführung nicht mitwirken.

Die Ordner des Liederfestes.

Zum Besten der hinterbliebenen Wittwen und Wais n der in unsrer Provinz gefallenen Soldaten und der Familien der eingezogenen Landwehrmänner, Donnerstag, den 8. Juni, im Garten des Odeum

Deutsches National-Liederfest.

Anfang 6 Uhr

Billets à 5 Sgr. ohne der Wohlthätigkeit Schranken zu setzen, sind in den Buchhandlungen der Herren Meine, Mittler und Scherf und Abends an der Kasse zu haben.

Die Ordner des Liederfestes.

Denjenigen Herren, die mit mir eine Eingabe an die Staatsbehörde wegen sofortiger Eröffnung des hiesigen Marien-Gymnasiums unterzeichnet und abgedenkt haben, kann ich aus der zuverlässigsten Quelle die erfreuliche Mittheilung machen, daß nach einem so eben eingegangenen Rescript des Herrn Ministers der Geislichen und Unterrichts-Angelegenheiten vom 31ten Mai cor. den von einer Seite wegen sofortiger Aufhebung dieser Anstalt formirten Anträgen keine Folge gegeben, vielmehr die schleunigste Wiedereröffnung des Unterrichts in derselben verfügt worden ist.

Es ist daher gegenwärtig die bestimmteste Aussicht vorhanden, daß dem dringenden Bedürfnisse der zahlreichen theilnehmenden Jugend nunmehr endlich abgeholfen werden wird.

Posen, den 5. Juni 1848.

Brzezinski, Dom-Kapitular.

Die Königl. Kommandantur hat unserm Antrage wegen Gestattung des Pflingschießens um der allgemeinen Verhältnisse willen nicht nachgegeben, weshalb dessen Verlegung geschehen muß. Das Nähere hierüber werden wir zu seiner Zeit bekannt machen.

Die Vorsteher der hiesigen Schützen-Gilde

Am 1sten Juli dieses Jahres wird in meinem Bureau, Pergstraße No. 8., die Stelle des ersten Secretairs vacant. Der sich hierzu Meldende muß der Deutschen und Polnischen Sprache kundig sehn, die vorkommenden Geschäfte in beiden Sprachen fertig expediren können, eine leserliche orthographisch richtige Hand schreiben, das Reaiskratur-Koch verstehen und eine untadelhafte Conduite nachweisen.

Posen, den 4. Juni 1848.

Piglosiewicz, Justizrath und Notar.

Gras-Verkauf

in der Königl. Oberförsterei Moschin.

Zum öffentlich meistbietenden Verkauf des ersten Grasschnitts auf den Wiesen: 1) in dem Schutbezirke Krahkowo steht auf Mittwoch den 14ten d. Mts., 2) in dem Schutbezirke Luisenhahn steht auf Dienstag den 20sten d. Mts. von Morgens 9 Uhr ab, an Ort und Stelle Termin an, zu welchen Kauflustige mit dem Bemerken eingeladen werden, daß dem Verkaufe die früheren Bedingungen zum Grunde liegen und die Gebote im Termine sofort bezahlt werden müssen.

Försthaus Ludwigsberg, den 4. Juni 1848.

Der Oberförster.

Bekanntmachung.

Im Termine den 20. Juni c. Vormittags 8 Uhr und die folgenden Tage sollen in Belcin, Pomster Kreises,

- | | | |
|--------------------------|-----|----------|
| 1) an Erlenholz | 150 | Klastern |
| 2) an Eichenholz | 12 | dito |
| 3) an Buchenholz | 10 | dito |
| 4) an Kiefernweidholz | 120 | dito |
| 5) an Kiefernastholz | 20 | dito |
| 6) an Kiefernstubbenholz | 30 | dito |

durch den Unterscribenen meistbietend gegen sofortige Zahlung verkauft werden, wovon Kauflustige in Kenntniß gesetzt werden.

Wollstein, den 26. Mai 1848.

Gaffke, Auktions-Kommissarius.

Vom 1. Juli c. sind zwei gute Wohnungen billig zu vermieten. Kleine Gerberstraße No. 100. Die Bedingungen sind zu erfahren Dominikaner-Straße bei D. G. Baarh.

Ein Sohn rechtlicher Eltern, mit gründlichen Schulkenntnissen versehen, mindestens 17 Jahr alt, findet als Lehrling ein Unterkommen bei

A. J. Flatau.

Ein Knabe rechtlicher Eltern, der die nöthigen Schulkenntnisse besitzt, findet als Lehrling eine Stelle in der Lederhandlung, Breitestraße No. 21. bei Moriz Munk & Comp.

Neelles Geschäft.

Der Besitzer eines städtischen und eines ländlichen Grundstücks (Ritterguts), ersteres in der Hauptstadt Schlessens selbst, letzteres aber in der Nähe gelegen, welche beide zusammen eine Rente von circa 7000 Rthlr. gewähren, wünscht derselbe gegen ein größeres ländliches Grundstück zu vertauschen. Anschläge, Beschreibungen etc. erbittet man franco unter Adresse G. K. 81. poste restante Breslau.

Eine halbe Hufe Land, nahe bei Posen, mit 11 Viertel Winterfaat, ist sofort zu verpachten. Näheres Mühlstraße No. 20. zwei Treppen.

Zur bevorstehenden Schaaffsur empfehle ich wiederum meine als zweckmäßig anerkannte nach Engl. Modellen gearbeitete Schaaffsheeren.

A. Klug, Breslauerstraße No. 3.

Für Woll-Producenten.

Markt No. 43. vis-à-vis dem Rathhause, steht im ersten Stocke, wozu eine sehr bequeme Treppe führt, ein geräumiges Lokal zur Niederlage einer bedeutenden Quantität Wolle, nebst zwei angrenzenden möblirten Stuben billig zu vermieten. Das Nähere ist daselbst zu erfragen.

Bekanntmachung.

In den Räumen des Hôtel de Saxe sind zum bevorstehenden Wollmarkt mehrere tausend Centner Wolle trocken und sicher gegen billige Remuneration unterzubringen. Auch sind Sakzimmer vorhanden.

In meinen Häusern, Kanonenplatz No. 6. und Mühlstraße No. 3., sind von Johanni ab mehrere Wohnungen von 4 bis 6 Zimmern, nebst Stallung, zu vermieten. Näheres beim Eigenthümer

A. E. Schlarbaum.

Magazinstraße No. 1. neben dem Land- und Stadtgerichtsgebäude, sind mehrere große und kleine Wohnungen von Johanni c. ab zu vermieten.

Ein geräumiger Laden von zwei Fenstern, worin gegenwärtig ein Kurzwaaren-Geschäft, ist nebst angrenzender Wohnung von Michaeli d. J. ab zu vermieten bei

A. J. Flatau, Breitestraße No. 10.

Mullatshausen ist von Johanni d. J. ab als Kafferhaus oder Privatwohnung zu vermieten.

J. Mullat.

Heute Mittwoch den 7. Juni:

Gartenkonzert à la Gungl

im Hildebrandschen Garten, Königsstr. No. 1. Entrée à Person 2 1/2 Sgr., à Familie 3 — 4 Personen 5 Sgr. Anfang 6 Uhr. Ausgeführt vom Musik-Chor des hochlöbl. 19. Inf.-Regiments.

Die Hypotheken-Ordnung des Königreichs Polen vom Jahr 1818, in schwarzem Leder eingebunden, zur Regierungs-Bibliothek gehörig, ist zwischen 12 und 1 Uhr Mittags am 5ten d. M. auf dem Wege von dem Regierungs-Gebäude nach der Allerheiligen-Geiststraße verloren gegangen. Wer solche gefunden und im Secretariat der Regierung II. abgibt, hat eine Belohnung von 15 Sgr. zu erwarten.

Die Vorsteher der israelitischen Corporation werden hiermit angefragt:

„ob sie die Zahlung der Abgaben durch den „von ihnen ausgesandten Exekutor erzwingen wollen?“

in diesem Falle wird ihnen gerathen, denselben lieber sofort zurückzugeben, da es keineswegs vernünftig ist, in gegenwärtiger Zeit so hohe Abgaben zu verlangen; und wozu werden dieselben verwendet?

Im Auftrage Mehrerer.